

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER JURISTEN  
BADEN-WÜRTTEMBERG

PRESSEMITTEILUNG

24.04.2023

**Fachtagung der christlich demokratischen Juristen (LACDJ) / mehr Sicherheit in den Kommunen gefordert / Dr. Alexander Ganter zum Ehrenvorsitzenden gewählt**

Bei der diesjährigen Landestagung des Landesarbeitskreises christlich-demokratischer Juristen zum Thema „Sicherheit in den Kommunen“ standen neben dem Gespräch mit der Ministerin der Justiz und für Migration Marion Gentges sowie dem Vortrag des Richters am Bundesverfassungsgericht, Dr. Josef Christ, auch die Neuwahl des Landesvorstandes an. Nach 10 Jahren kandidierte der langjährige Vorsitzende Dr. Alexander Ganter nicht mehr und wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

**Prominenz zu Gast: Ministerin Marion Gentges, Vizepräsident des Europäischen Parlaments Rainer Wieland und Bundesverfassungsrichter Dr. Josef Christ sowie der Präsident des Verfassungsgerichtshofs Baden-Württemberg, Prof. Dr. Malte Graßhof**

Die Ministerin der Justiz und für Migration, Marion Gentges, hob in Ihrem Beitrag den LACDJ als wichtigen Ideengeber für die Rechts- und Innenpolitik im Land hervor und würdigte den scheidenden Landesvorsitzenden Dr. Alexander Ganter als stets gut informierten und kompetenten Gesprächspartner. Sie dankte Dr. Ganter und dem LACDJ für die Impulse und die langjährige politische Arbeit. So konnten immer wieder Initiativen des LACDJ aufgegriffen und umgesetzt werden.

Frau Ministerin Gentges berichtete zur aktuellen Rechtspolitik des Landes Baden-Württemberg und betonte die enormen Herausforderungen für das Recht, die aus der Digitalisierung und der zunehmenden Bedeutung des Internets erwachsen. Die Ministerin nannte hier die Bekämpfung der Cyberkriminalität und die Strafta-

ten, die im Zusammenhang mit dem Internet verübt werden, als Schwerpunkte. Gerade im letzten Fall seien die Fälle von Kinderpornografie in den letzten Jahren enorm gestiegen. Darauf habe man mit der Einrichtung eines „Cybercrime-Zentrums“ in Baden-Württemberg reagiert. Zugleich sei es nicht nachvollziehbar, wieso sich die aktuelle Bundesregierung beim Thema weitergehende Speicherung von Verkehrsdaten nicht bewege und sich nicht an den vom EuGH erarbeiteten Leitlinien orientiere.

Abschließend gab die Ministerin einen Überblick über den aktuellen Stand bei den Beschleunigten Verfahren in Strafprozess und äußerte Bedenken mit Blick auf die beabsichtigte Aufzeichnung von Hauptverhandlungen im Strafprozess. Neben der möglichen Zeugenbeeinflussung durch Videovernehmungen im Strafprozess gebe es auch praktische Probleme bei der geplanten Verschriftlichung von aufgezeichneten Hauptverhandlungen, etwa wenn ein Beteiligter Dialekt sprechen würde.

Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments Rainer Wieland lobte ebenfalls in seinem Grußwort die Zusammenarbeit mit Dr. Ganter und dem LACDJ. Er erinnerte an die gemeinsame Videokonferenz im vergangenen Jahr. Er gab einen Ausblick auf die kommende Europawahl und betonte, dass nur dann ein Wahlsieg möglich sei, wenn die Union geschlossen auftreten würde.

Bundesverfassungsrichter Dr. Josef Christ hielt einen Fachvortrag zu aktuellen Verfassungsfrage, insbesondere zu den Schulschließungen während der Corona-Pandemie. Er erläuterte den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 19.11.2021, in dem das Gericht aus dem Grundgesetz ein Recht auf schulische Bildung hergeleitet hat. Daraus folge, so Dr. Christ, auch ein Recht auf gleichen Zugang zum staatlichen Schulwesen und ein Ausgestaltungsauftrag an den Gesetzgeber. Ferner sei auch eine Verdichtung zu einem einklagbaren Recht denkbar, sofern der Gesetzgeber bei der Ausgestaltung gewisse Mindeststandards unterschreiten würde.

In seinem Grußwort beschäftigte sich der Präsident des Verfassungsgerichtshofs Baden-Württemberg, Prof. Dr. Malte Graßhof, schließlich mit der personellen Zukunft der Justiz und vertrat den Standpunkt, dass sich die Justiz auch in dieser Hinsicht nah an der gesellschaftlichen Realität bewegen solle. Dr. Alexander Ganter bezeichnete er als „das Gesicht des LACDJ“.

### **LACDJ fordert mehr Sicherheit in den Kommunen**

Zur Vorbereitung der Kommunalwahl hat der LACDJ einige Forderungen erarbeitet, wie die Sicherheit in den Kommunen verbessert werden kann. Das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger und das Vertrauen in den Rechtsstaat müsse konkret gestärkt werden. Es könne nicht sein, dass Menschen aus Angst bei Dunkelheit nicht mehr auf die Straße gehen. So müsse in belasteten Städten die kommunale Kriminalitätsprävention gefördert und unter Beteiligung von Polizei und Ordnungsdienst ein Sicherheitskonzept erarbeitet werden. Auch die Bevölkerung müsse sensibilisiert und geschult werden. Insbesondere eine schnelle und transparente Kommunikation der Sicherheitsbehörden führe zu Vertrauen und verhindere Desinformationen. Dazu gehöre auch ein Beleuchtungskonzepten insbesondere an öffentlichen Plätzen, Parkanlagen und Unterführungen. So könnten Verbrechen verhindert und die Angst reduziert werden. Auch beim Städtebau ist darauf zu achten, dunkle Ecken zu vermeiden. Weiter fordert der LACDJ, dass die Kommunen bei der Erarbeitung von Sicherheitskonzepten vom Land unterstützt werden.

### **Dr. Ganter zum Ehrenvorsitzenden gewählt / Neuwahl des Landesvorstands**

Der langjährige Landesvorsitzende Dr. Alexander Ganter hatte nach 10 Jahren herausragende Arbeit als Landesvorsitzender nicht mehr kandidiert. In seinem Rechenschaftsbericht konnte er auf viele rechtspolitische Initiativen und gemeinsame Aktionen verweisen, immer getreu dem Motto „Recht sichert Freiheit“. Als Beispiel nannte er die nunmehr geplante Zentralstelle für Internetkriminalität (Cybercrime-Zentrum), dessen Einführung der LACDJ schon im Februar 2015 forderte, das bereits im Jahr 2014 angemahnte Notvertretungsrecht für Ehegatten sowie

der verstärkte Zugriff auf das beschleunigte Verfahren in Strafprozessen. Dr. Ganter betonte die sehr gute Zusammenarbeit mit den Ministern Wolf und Gentges.

Abschließend forderte der scheidende Landesvorsitzende, dass sich der LACDJ auch zukünftig Schwierigkeiten stellen und für das Recht und den Rechtsstaat ein-treten solle. Hier gebe es auch weiterhin genug Betätigungsfelder.

Die Mitglieder dankten ihm mit großer Anerkennung und wählten ihn einstimmig zum Ehrenvorsitzenden. Der Landesgeschäftsführer der CDU Baden-Württemberg Adrian Sonder würdigte Dr. Ganter mit einer Ehrenurkunde und bezeichnete ihn als zuverlässig, unkompliziert und fleißig.

Im Anschluss wählten die Mitglieder einen neuen Landesvorstand gewählt. Zum neuen Vorsitzenden wurde Johannes Rothenberger gewählt ebenso wie die stellvertretenden Landesvorsitzenden Uttam Das, Hans Jörg Städler-Pernice, Knut Tropf, Evelyn Wörner-Zemelka. Neuer Pressesprecher wurde Christoph Ham-busch, Schriftführer Uwe Tetzlaff und Mitgliederreferent Theodoros Markou. Als Beisitzer gehören dem Vorstand an: Florian Bollacher, Dr. Mathias Josef Herr, Dr. Jens Hofmann, Prof. Dr. Ekkehart Meroth, Dr. Matthias Miller MdL, Johann David Riemenschneider, Harald Rothfuß, Lisa Schöner, Daniel Scholze, Ariane Spitzer, Martina Sturm, Laura Wehle, Frank Wenger und Stefan Widder.

*Der LACDJ ist ein Zusammenschluss von Juristen des Landes, die Mitglieder der CDU sind oder dieser nahe stehen und deren Programm und Ziele zu fördern be-reit sind. Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Es findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen wie Richter, Staats- und Rechtsanwälte sowie Unternehmensjuristen und Beamte im Land wieder*